

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
täglich zweimal: Mittwochs und Samstags.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Ort 6,00 RM.
bei allen Postämtern 7,50 RM.

Druck und Verlag:
B. Hunsold's Stadtdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Anzeigenpreis:
für die einseitige Zeitspalt ober deren Raum 1 RM.
Zweiterer-Raum bis nachmittags 1 RM. vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 9.

Preis Nr. 49.

Mittwoch, den 1. Februar 1922.

Postkonton
Dreslau 19064

44. Jahrg.

Rundschau.

Die Antwort an die Reparationskommission.

Berlin, 28. Januar. Der Reparationskommission wurde heute die Antwort der deutschen Regierung auf die in Cannes getroffene Entscheidung vom 13. Januar übergeben.

Die Antwortnote enthält, wie verlangt wurde, ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit Garantien und ein Programm für die Verzinsungen und Sachleistungen im Kalenderjahr 1922. Hier Anzeigen mit eingehendem tatsächlichen Material über das deutsche Steuerwesen, den Etat, den Aufbau der Lebensmittelwirtschaft und die Reformen für Post und Eisenbahn sind angehängt.

Der erste Teil der Note zerfällt in mehrere Unterabteilungen, die die Verzinsung der Einnahmen, Einschränkung der Ausgaben und der schwebenden Schuld sowie des Notenumlaufts behandeln. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung unter Überwindung größter Schwierigkeiten es endlich zugegeben hat, das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen. Gegen Kapital- und Steuerflucht seien energische Maßnahmen getroffen worden. Ueber die Einschränkung der Ausgaben wird darauf hingewiesen, daß

1. Vorbereitungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen seien,
 2. daß die Zuschüsse für die Verbilligung der Lebensmittel beseitigt werden,
 3. daß die Erwerbslosenunterstützung durch eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragende Versicherung ersetzt werden solle,
 4. daß die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung auf nahezu ein Drittel des Vorjahres herabgesetzt würden,
 5. daß eine Balancierung des Etats der Post und Eisenbahn herbeigeführt und schließlich durch separate Aufstellung eine genaue Einstellung des Haushaltsplanes gesichert würde.
- Auch die Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufts solle ergiebt werden. Ferner würde der Reichsbank Autonomie zugesichert.

Im zweiten Teil der Note stellt die Regierung ein Programm für die Reparationsleistungen für 1922 auf. Sie betont, daß die Zahlungsbilanz Deutschlands jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv sei. Unter solchen Umständen sei eine anhaltende Befristung der Mark nicht möglich. Bei der Betrachtung des Reparationsproblems unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten ergebe sich, daß Deutschland für längere Zeit, mindestens für 1922, von allen Reparationsleistungen in Anspruch genommen werden müsse. Die deutsche Regierung schloß vor, daß die 1922 zu leistenden Darzahlungen gleichmäßig auf die Gesamtleistungen von 1922 verrechnet werden, daß ferner die für den gleichen Zweck zu leistenden Beiträge in Wertpapiermarkt ermäßigt und die auf Grund des Ausgabeverfahrens aufgelegten Lasten auf eine erträgliche Weise zurückgeführt werden. Deutschland sei bereit zu Sachleistungen und wolle Abkommen, wie das Wiesbadener, auch mit anderen alliierten Regierungen abschließen.

Die Industrie zur Zwangsanleihe.

Berlin, 28. Januar. In Kreisen der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft verläutet, daß von einem Sonderanleiheangebot nicht mehr die Rede sein könne, da durch die Zwangsanleihe Industrie wie Landwirtschaft weit über die Leistungsfähigkeit belastet werden.

Die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung.

Berlin, 31. Januar. Die Eisenbahnverwaltung hat, um sich nicht durch einen plötzlichen Streik überfallen zu lassen, eine Reihe

Maßnahmen verfügt. So wird man zum Schutze der Arbeitswilligen und Bahnanlagen Schutzpolizei in größerem Maßstabe heranziehen. Weiter ist angeordnet, daß ohne Rücksicht auf ihren Rang auch höhere Beamten zur Bedienung von Lokomotoren herangezogen werden. Die Eisenbahnverwaltung teilt weiter mit, daß sich eine Anzahl von Beamtenvereinigungen gegen den Streik erklärt hat.

Die Schuld am Weltkriege.

Professor Rakowski, der von der Sowjet-Regierung damit beauftragt wurde, die Gehelmschulden der zaristischen Regierung zu studieren, berichtet in der „Pravda“, daß die Sowjetregierung demnachst neue Gehelmschulden der zaristischen Regierung veröffentlichen wird, aus denen die Schuld Polkars am Weltkriege hervorgeht.

Aus dem Gefängnis angebrochen.

Erfurt, 30. Januar. Der aus Erfurt flammende Oberleutnant Ludwig Dittmer, der wegen „Kriegsverbrechens“ vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgericht Naumburg untergebracht wurde, brach am Sonntag nacht aus. Er wurde vermutlich von einem Auto abgeholt.

Die Offsee zugefroren.

Hamburg, 28. Januar. Die Küstengewässer hat für Hamburgs Handel und Schifffahrt schwere Folgen. Der untere Strom der Elbe ist ganz blockiert mit dickem Eiseis, so daß die kleineren Seesdampfer bei Cuxhaven nicht mehr von der Stelle kommen. Auch die Schlepper liegen fest. Im Hamburger Hafen ist eigentlich nur wenig Eis vorhanden, weil die obere Elbe eisfrei ist. Bei eintretendem Tauwetter ist aber mit einem Eisgang zu rechnen, wie man ihn lange nicht erlebt hat. Eine weitere große Schwierigkeit ist durch den anhaltenden Schneeeinbruch erwachsen, der ein hartes Fallen des Wassers nach sich gezogen hat. Die von New-York gelommene „Mongolia“ liegt schon einige Tage auf der unteren Elbe fest und kann nicht in den Hafen kommen. Anderen Fahrzeugen ergeht es ebenso. Die Schiffe, Leichter und Barkassen liegen ebenfalls fest auf dem Schilde. Die Hamburger Seewarte teilt mit, daß noch keine Aussicht auf eine Milde rung des strengen Frostes vorhanden ist. Die Offsee ist kilometerweit zugefroren. Zwischen der Insel Rügen und dem Festlande hat sich eine natürliche Eisbrücke gebildet, auf der sich ein lebhafter Fuhrwerksverkehr abspielt. In der Nähe von Sagan auf Rügen ist der Räder Dampfer „Senja“ bereits im Eis eingeschlossen. Er hat funken telegraphisch dem Vergangsdampfer „Rügen“ herbeigerufen, der jedoch selbst den Saganer Hafen infolge des vorgelagerten Eises nicht verlassen kann. Man hofft, daß es größeren Eisbrechern aus Schweden gelingen wird, den Dampfer zu befreien. Im Steinhafen Hafen sind heute nur zwei Dampfer von See her eingefahren. Das Thermometer zeigte am Donnerstag in Steinhafen 18 Grad, in Hinterpommern wurden sogar 22 Grad gemessen.

Die Beisetzung des Papstes.

Rom, 27. Januar. Die heilige Palle des Papstes Benedikt XV. ist gestern nachmittag in der Gruft des Vatikan gemäß dem letzten Willen des heiligen Vaters beigesetzt worden. Die Bahre war bei der Ueberführung von Offizieren der Nobelpalast umgeben; unmittelbar dahinter folgte Kardinal Merry del Val als Erzpriester der Basilika, dann schlossen sich die Prälaten und päpstlichen Würdenträger sowie der Kommandant der Nobelpalast umgeben von allen Offizieren erwarteten die Kardinalen den Trauerzug, ebenso die Führer der diplomatischen Missionen. Alle Anwesen-

den erhoben sich und Monsignore Piantoni erteilte die Absolution. Der Toten wurde von der Bahre genommen und in den ersten Sarg gelegt. Der Erzbischof des Kapitals verlas das Protokoll der Beisetzung, während der Prälat des heiligen Palastes Gesicht und Hände des Papstes mit weißem Leinwand bedeckte. Darauf wurde der Sarg geschlossen, die beiden einschließenden Särgen wurden versiegelt. Der Sarg wurde in die Krypta hinabgelassen. Die Erzpriester und Domherren fliegen zur letzten Absolution hinunter. Die Gruft liegt in der Nähe der Gräber des Papstes Innocenz VIII. und der Königin Christina von Schweden.

Der Beginn des Konklaves.

Rom, 28. Januar. „Osservatore Romano“ meldet, daß die Kardinalen am 2. Februar abends zum Konklave zusammentreten werden. Oesteren trafen die Kardinalen Piffi (Wien), Faulhaber (München), Bertram (Dreslau) und Schulte (Köln) hier ein.

Berlin, 28. Januar. In der Hedwigs-Kirche fand heute morgen ein Trauergottesdienst für den verstorbenen Papst statt, an dem der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und Vertreter der auswärtigen Missionen teilnahmen.

Das Interregnum im Vatikan.

Rom, 29. Januar. Kardinal Merry del Val wurde einstimmig zum Mitglied der verschiedenen Kardinalskommissionen gewählt, die den Auftrag haben, die Angelegenheiten der Kirche während der Zeit, in der der päpstliche Stuhl unbesetzt ist, zu erledigen.

Rom, 29. Januar. Die Kardinalen La Fontaine (Benedig), Patti (Mallau), Bidal (Saragossa), Lucon (Reims), Mancin (Eyon), Dubois (Paris), Gernoch (Graz), Rakowski (Warschau), Dalbor (Wien) und Mercier (Mecheln) sind gestern hier eingetroffen. Nach Blättermeldungen werden die Kardinalen Wisen (Stallen), Arcoveerde (Brazillien), Begni (Kanada), Herrera (Spanien) und Strbenstky (Tschekoslawen) wegen Alters oder Krankheit am Konklave nicht teilnehmen.

Papst Benedikt XV. an seine lieben Oberschlesier.

Mein Friedensfreund war ich bekannt,
Ich war der Friedenspapst genannt,
Und ich bin noch in einer Zeit,
Die voll von Krieg und Tod und Streit.
In Flammen stand die ganze Welt;
Es war ein großer Völkerringel;
In Straßen sah der Krieger Blut,
Und immer wuchs der Haß, die Not.
Der reiche Ernte hielt der Tod,
Es wuchs und wuchs der Hunger Not
Und es verzehrte ich mein Herz
In Mitleid und in größtem Schmerz.
Da endlich frag mein Friedenswort
Der liebe Friedensengel fort:
Nun sag die Welt seit langer Zeit
Nun erhebe dich im Friedenskleid.
Doch wir, dem Wülfenrat, war
Das Herz gedrohen ganz und gar;
Es saß der Tod mit schon bereit,
Ich stand am Tor der Eingetrit.
Nun sag: ich und dem Himmelst
Gott auf Gottes weite Welt.
Mein Vaterberg läßt mich nicht los,
Ich schone meinen Kindern so.
Ich trage doch mein Vaterwort
Und heute Friedensengel fort:
Es meineten mich: Nun laß den Streit,
Stimm' eure Herzen mild und weit.
Die Liebe siehe darin ein,
Wie darfs der Christen anders sein?
Ob Deutsche ihr, ob Polen seid,
Nicht Liebe sieh und Eingetrit.
Nicht ihr des Vaters Bitte nicht?
Mein Friedenswort so klar und hell?
O, Friedensengel, tragt es fort,
Es ist ein heiligs Vaterwort.

Oberschlesien.

Abschluß der ober-schlesischen Verhandlungen.

Deutschen, 27. Januar. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gehen, soweit sie in Oberschlesien geführt werden, nunmehr ihrem Abschluß entgegen. Aus diesem Anlaß fand heute Nachmittag beim deutschen Bevollmächtigten, Reichsminister a. D. Schiffer, ein Empfang von Pressevertretern statt, denen der Minister in längeren Ausführungen seine Eindrücke über die bisherigen Arbeiten schilderte und einen Gesamtüberblick über den augenblicklichen Verhandlungsstand gab.

Der Minister gab zunächst seiner Befriedigung Ausdruck darüber, daß die Wirtschaftsverhandlungen auf ober-schlesischem Boden stattfinden konnten, wo es möglich war, die unbedingt erforderliche Fühlungnahme mit dem Geiste des Landes zu nehmen, immer wieder mit einheimischen Sachverständigen in Verbindung zu treten, und endlich auch dem Präsidenten Colander diese Eindrücke über ober-schlesische Verhältnisse zu vermitteln. Minister Schiffer äußerte sich weiter sehr beifällig darüber, daß die bisherigen Verhandlungen durchweg immer sachlich geführt wurden, auch von polnischer Seite. Wie wunderbarlich schwer trotzdem die Verhandlungen waren, wie verwickelt die Bereiche der einzelnen Kommissionen ineinandergriffen, das läßt sich freilich jetzt erst ganz übersehen, und auch in Genuß bleibt noch viel zu erleben, selbst wenn hier in Oberschlesien die besten Entscheidungen getroffen sein sollten.

Das bisherige Gesamtergebnis läßt sich dahin zusammenfassen: In den meisten Kommissionen ist man im wesentlichen zu einer Einigung gelangt, aber auch bei dauernder Verminderung der Streitigen Punkte bleiben zuguterletzt noch einige übrig, über deren Schicksal sich jetzt noch nichts Bestimmtes voraussagen läßt. Das Lebensinteresse des Landes, um dessen wirtschaftliche Zukunft es geht, lebt in den weiteren Verhandlungen unüberwindliche Schranken, doch innerhalb dieser Schranken zu einem Ausgleich zu kommen, ist man auf deutscher Seite eifrig bemüht.

Eines der wichtigsten Gebiete, innerhalb deren eine Einigung zustande gekommen ist, stellt die Währungsfrage dar. Die bisherigen Erörterungen führten dazu, daß für die deutschen Gläubiger hinsichtlich der Rückzahlungen volle Sicherheit gegeben ist. Ueberhaupt ist man auf allen Gebieten einander nähergekommen, auch in der Liquidationsfrage. Doch die letzte Entscheidung wird in Genuß fallen, wo die Verhandlungen, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 6. Februar, sondern am 10. Februar fortgesetzt werden. In Oberschlesien werden die weiteren Arbeiten von Geh. Oberregierungsrat Schlegelberger erledigt in Gemeinschaft mit Rechtsanwält Wollny dem polnischen Vertreter. In das bisherige Verhandlungsergebnis werden sich in Genuß Präsident Colander und seine Mitarbeiter zu versetzen haben und die Ueberprüfung des geschaffenen Wertes wird zweifellos noch mancherlei Schwierigkeiten mit sich bringen.

Zugleich beginnt dann in Genuß die eigentliche Hauptarbeit der 11. und 12. Unterkommission, deren Aufgaben — Minoritätenschutz und Schaffung von Organen, die die Ausführung aller getroffenen Abmachungen gewährleisten — von weitestgehender Bedeutung sind. Auch hier hat es sich als durchaus richtig erwiesen, daß man die Vorarbeiten auf ober-schlesischem Boden erledigte. Zweifelloser wird die Frage der Schaffung ausgleichender Anlagen für die Minderheiten in Genuß, dem Sitz des Völkerbundes, in dessen ureigenem Gebiet diese ganzen Fragen auch fallen, in befriedigender Weise gelöst werden.

Minister Schiffer gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß nach all den schwierigen Vorarbeiten nunmehr die Genuß Verhandlungen flott vorankommen werden. Ende Februar dürfte man dort so weit sein keine gekommen sein, sobald alsdann der Zeitpunkt allmählich näherückt, da Oberschlesien von Oberschlesien Abschied nehmen müssen, weil die Trennung beginnt. Er schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, daß die deutsche Delegation alles in ihrer Macht liegende tun wird, um die schweren Wunden Oberschlesiens vernarben zu lassen und dem deutschen Vaterlande auch hierin nach besten Kräften zu dienen.

Nach der Besprechung mit den Vertretern der ober-schlesischen Presse empfing Reichsminister a. D. Schiffer den Deutschen Ausschuß, dem er in gleicher Weise einen Ueberblick über die von der deutschen Delegation geleisteten und noch zu leistenden Arbeit gab. Im Namen des Deutschen Ausschusses richtete dessen stellvertretender Vorsitzender und im Namen des deutsch-oberschlesischen Volksbundes Freiherr v.

Reitzenstein an den Minister a. D. Schiffer und die deutsche Delegation Worte des Abschieds und des Dankes.

Was ist's mit dem „Deutschen Volksbund“.
„In diesem Bund ist kein Platz für das, was man als irredentistische Bestrebungen bezeichnen könnte.“
(Frehr. v. Reitzenstein - Pilgramsdorf vor Colander.)

Kattowitz, 28. Januar. Wobon man bis dahin nichts gehört: am Tage nach dem Empfang der Vertreter des Deutschen Volksbundes durch den Bundespräsidenten Colander im Königshütter Rathaus (12. Januar d. J.) erfuhr die ober-schlesische Öffentlichkeit durch die Presse von dem Dasein eines Verbandes, der sich „Deutsch-oberschlesischer Volksbund für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte“ nannte, oder kurzweg „Deutscher Volksbund“.

Als sein Vorsitzender sprach Frehr. v. Reitzenstein-Pilgramsdorf vor Colander in wortreicher Weise für den Schuß der deutschen Minderheit und über die Ziele und den Zweck des „Deutschen Volksbundes“. Er sagte u. a.:

„Eines aber werden wir niemals aufgeben: Unser deutsches Volkstum. Um dieses Volkstum zu wahren, zu schützen, es zu veredeln an unsere Kinder und Enkelkinder, haben wir uns zusammengeschlossen zum Deutsch-oberschlesischen Volksbund zur Wahrung der Minderheitsrechte. In diesem Bund ist kein Platz für das, was man als irredentistische Bestrebungen bezeichnen könnte. Unser Recht, diesen Bund zu gründen, stützen wir auf die Bestimmungen der polnischen Verfassung, auf den Minderheitenschutzvertrag und auch auf das Wirtschaftsabkommen, das abgeschlossen werden soll. Unsere Pflicht zum Zusammenschluß leiten wir ab aus den Erfahrungen, die unsere deutschen Brüder in Polen und Westpreußen gemacht haben.“

Mit diesen Sätzen hatte Frehr. v. Reitzenstein in gedrängter Form das Programm des „Deutschen Volksbundes“ entwirrt. Die nachfolgenden Sprecher, u. a. der vorläufige Geschäftsführer des Verbandes, Otto Ullig-Kattowitz, legten auseinander, welche Zwecke der Verband im einzelnen verfolgt, sowohl nach der kulturellen wie wirtschaftlichen Seite, und wie man deutschseits den Schuß der Minderheiten wünsche.

In nachfolgenden soll nun versucht werden, den Zweck des „Deutschen Volksbundes“ und die Art seiner Organisation darzulegen. Der „Deutsche Volksbund“ ist ein eingetragener Verein, bei dem als Zweck angegeben ist: „Die Erhaltung und Förderung deutscher Kultur und Wirtschaft, insbesondere die Wahrung der für das deutsche Volkstum aus dem Minderheitenschutzvertrag und aus der sonstigen Gesetzgebung sich ergebenden Rechte.“ Als sein Vorsitzender wirkt Freiherr von Reitzenstein. Der Bund zählt persönliche und korporative Mitglieder. Die persönlichen Mitglieder sind in den Bezirksvereinigungen zusammengeschlossen, die bestehen in Lublitz (Vorsitzender Warrer Sobel), Tarnowitz (Zustuzrat Preis), Königshütte (Eislermeister Jacob) und Kattowitz (Kaufmann Julius Kallus). In den Bezirken Myslowitz, Nikolai, Pleß und Rybnik ist die Gründung von Bezirksvereinigungen in Vorbereitung. Als korporative Mitglieder sind dem Bund angeschlossen: Die Bezirksclubvereine für Polnisch-Schlesien. Zweck: Erhaltung und Förderung des deutschen Schulwesens in Polnisch-Schlesien. Ihr Vorsitzender ist der jüngst zum Bürgermeister von Tarnowitz gewählte ehemalige Stadtrat Michals-Myslowitz. Als Geschäftsführer für das Volksschulwesen wirkt Kreisrat Duder-Rybnik, für das höhere Schulwesen Stadtrat König-Kattowitz. Der weitere angegliederte „Deutsche Kulturbund für Polnisch-Schlesien“ bezweckt den Zusammenschluß aller Verbände, die sich auf dem Gebiete der Genuß- und Körperpflege im deutsch-kulturellen Sinne betätigen unter Ausschluß religiöser und politischer Zwecke. Sein Vorsitzender ist Studentat Birker-Kattowitz. Der Kulturbund zerfällt in drei Abteilungen: 1. Deutscher Verband für Volkshilf und Heimatpflege (Volkshochschulbund, Verband deutscher Bühnen, Arbeitsgemeinschaft für Musik und Vortrag — Musik- und Sängervereine — Bildhauer-Filmzentrale Kattowitz, Verband für Naturdenkmäler, Heimat- und Museumspflege, Verband für Theaterwesen und Volkstanz). 2. Deutscher Verband für Körperkultur (Turnerschaft, Spiel- und Gesangsverband, Fußballverband, Leichtathletik-Verband, Kraftsport-Verband, Hochschulsportverband, Deutscher Jugendbund). 3. Arbeiterbildungsbestrebungen und 4. Konfessionelle Jugendvereine. Der korporativ angegliederte Wohlfahrtsbund für Polnisch-Schlesien bezweckt die

Anreicherung der deutschen Wohlfahrtspflege. Als Vorsitzende ist tätig Frau Katharina Wolff-Kattowitz. Zum Wohlfahrtsbund gehören bis jetzt: Kath. Deutscher Frauenbund, Evang. Frauenbund, Jüd. Frauenbund, Hilfsverein Deutscher Frauen, Verein für Arbeiterwohlfahrt (eine sozialistische Organisation), Sterbekassen- und Unterstützungvereine (die zum Teil die Vermögen der aufgelösten Kreisvereine ihren ursprünglichen Zwecken zuführen), Samaritervereine und der Verband der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen. Beabsichtigt ist auch, den Verband der Kreisbeschäftigten anzuschließen.

Es mag hinzugefügt werden, daß der „Deutsche Volksbund“ in seiner Personenzusammensetzung noch nicht endgültig darft ist. Er wählte naturgemäß probatorisch zuerst von oben herunter. Bei seiner endgültigen Formierung soll selbstverständlich nach guten demokratischen Prinzipien von unten heranzugeht werden. In vorläufiger Weise hat man heute allgemeinen Vertrauen ohne die Frage nach der Partei und Konfession gewählt. Auch die Zusammenfassung der korporativen Mitglieder ist keineswegs vollständig.

Die Beantwortung der Frage: Warum wurde der „Deutsche Volksbund“ ins Leben gerufen? führt zur Erörterung und Ueberdeutung des Zweckes und der Ziele des Bundes. Die Zerstückelung unserer ober-schlesischen Heimat durch den Genuß Spruch hat eine nationale Minderheit von 400000 Deutschen in Polnisch-Schlesien gelassen, die durch den Handelswechsel polnische Staatsbürger deutscher Abstammung werden. Durch den sogenannten „Minderheitenschutzvertrag“ hat sich Polen verpflichtet zum Schuß der Interessen der nationalen Sprachlichen und religiösen Minderheiten. Der Schuß der Minderheit ist auch in der Verfassung, die der Sejm am 17. März d. J. verabschiedete, besonders garantiert. Der wichtige Artikel 109 der Verfassung lautet nämlich:

„Der Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationale Eigentümlichkeiten zu pflegen. Deswegen staatliche Gesetze sichern den Minderheiten im polnischen Staat die volle, freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich-rechtlichen Charakters im Umfang der Verbände die allgemeine Selbstverwaltung.“

Auf diese Bestimmung der polnischen Verfassung dürfte sich der „Deutsche Volksbund“, als er seinen ersten Schritt ins Leben tat. Die Deutschen Polnisch-Schlesiens wollen lokale polnische Staatsbürger sein, sie haben sich — wie schwerlich es auch ist — in ihr Schicksal gefunden. Sie lehnen die feindselige Stellung gegen den polnischen Staat sowie Bestrebungen, die eine Rückkehr zum Mutterlande einschließen, von sich ab. Was sie aber wünschen und wollen, ist die freie Betätigung ihrer bürgerlichen Eigenart in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Die nationale Eigenart ist etwas, was nicht vernichtet und vernichtet werden darf. Sie ist heilig. Sie ist jedes einzelnen Menschen und soll darum mit allen rechtlichen Mitteln geschützt, erhalten und gepflegt werden. Das Beispiel in den andern abgetrennten Teilen Deutschlands hat gelehrt, daß ein wirksamer Schuß der Minderheitsrechte ohne den starken Rückhalt in einer Organisation, die die kulturellen und wirtschaftlichen Volksgüter erhält, nicht gut möglich ist. Darum will man einen alle Deutschen des Bundes umfassenden Verband. Jeder soll Mitglied werden, gleichviel welcher Parteistellung und Konfession. Man lese nochmals die eingangs gelesenen Worte des Freiherrn von Reitzenstein!

Festungen in Oberschlesien?

Kottbus, 28. Januar. Die „Times“ melden aus Paris, daß beurlaubte französische Generalkonstaboffiziere auf dem Wege nach Warschau sind, um im Auftrage der polnischen Regierung Vermessungen im neuen ober-schlesischen Gebiet vorzunehmen. Die Frage der Errichtung von Festungen in Oberschlesien habe dagegen das polnische Kabinett noch nicht beschäftigt.

Klärung der Währungsfrage in Oberschlesien.

Berlin, 27. Januar. Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen geht die Währungsfrage ihrer Klärung entgegen. Es ist gelungen, bei den Verhandlungen mit den deutschen Banken in Polen zu einer Einigung zu kommen, wonach diese Banken in den abgetrennten Gebieten die nötigen Posten Reichsmark hergeben.

Die Kosten für die ober-schlesische Besatzung.

Genuß, 30. Januar. Journal des Debats meldet, daß in der Freitagssitzung des Volkskammerates die Festsetzung der Gesamtkosten der ober-schlesischen Verwaltung und Besatzung

in den verfloffenen Jahren erfolgte. Ebenso wurde in derselben Sitzung der Anteil festgelegt, welchen Deutschland und Polen an dieser Rostenverpflichtungen zu übernehmen hat. Die Bekanntgabe dieses Beschlusses erfolgt gleichzeitig an die deutsch-polnische Konferenz in Genf und an die deutsche und polnische Regierung.

Rymer Bolwode?

Warschau, 30. Januar. Zwecks Stabilisierung der polnischen Markt teilt die polnische Bundesbank den Banken mit, sie werde alle Arten fremder Valuten den Banken zum Tageskurse verkaufen.

Mehrere Forderungen teilen mit, Rymer werde zum Herzog Schlesien ernannt werden. Das schlesische Herzogtum werde in sieben Bezirke eingeteilt. Die Gerichtsorganisation werde dem Präsidenten des Kriegesgerichts in Polnisch-Tesch, Bogdan, anvertraut werden.

Befahrungswechsel.

Verschiedene Teile der englischen Befahrung verlassen in diesen Tagen Oberschlesien, um in ihre Heimat zurückzukehren. Wie es heißt, sollen andere englische Truppen dafür nach Oberschlesien kommen.

Es wird noch lange dauern.

Kattowitz, 27. Januar. Die selbst in polnischen Kreisen angenommen wird, dürfte der Abzug der internationalen Besatzung im polnischen westlichen Teil Oberschlesiens noch Monate hinaus auf sich warten lassen, sobald mit der effektiven Übergabe der polnischen Verwaltung auch im Mai d. J. noch nicht zu rechnen ist. Alles deutet darauf hin, daß noch geraume Zeit vergehen wird, ehe die auf Grund der Genfer Entscheidung zu erwartenden neuen Verhandlungen in Erscheinung treten werden.

Der Stand der Verhandlungen.

Kattowitz, 29. Januar. Am 26. und 26. d. Mts. hielt Minister Dymowski mit dem deutschen Bevollmächtigten Minister Schiffer eine längere Beratung ab. Es wurde der Stand der Verhandlungen aller Unterkommissionen besprochen und besonders über die kritischen Fragen diskutiert, über welche man einen gemeinsamen Gesichtspunkt zu finden suchte.

Die Zusammenkunft beider Bevollmächtigten in Genf, die ursprünglich für den 6. Februar angesetzt war, ist auf den 10. Februar verlegt worden.

Das Urteil im Kupfaprozess.

Dpyeln, 30. Januar. Unter großem Arrang des Publikums wurde heute das Urteil im Mordprozess Kupla vom internationalen Gerichtshof gefällt. Der Vorsitzende, Dr. Morosini, führte aus: „Der Angeklagte, Schlosser Heinrich Myrcyl aus Eschsch, wird des Mordes an dem Herausgeber der Zeitung „Wola Woda“ im Sinne des § 211 und in Verbindung mit § 49 der Wehrlose für schuldig befunden und zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung hat ergeben, daß Myrcyl ein Mitglied der Vereinigung gewesen ist, die zur Befreiung geführt hat. Er ist hierbei in seiner Tätigkeit weit über das erlaubte Maß hinausgegangen. Der Angeklagte Heinrich Myrcyl war ein Werk zu diesem Mord, der eine Frau mit fünf Kindern in schwere Trauer versetzt hat. Es heißt fest, daß er selbst, sowie durch dritte Personen sein Opfer hat bewachen lassen. Durch die Amnestieverordnung vom 30. Juni ist diese Strafe jedoch als gänzlich erlassen zu betrachten.“

Polales u. Provinzielles.

Coblenz D. S., den 31. Januar 1922.

§ (50-jähriges Jubiläum.) Am 6. Februar feiert der frühere Schwarzviehhändler Herr Carl Gwosdzil mit seiner Ehefrau Franziska, geb. Holzfoegel, das Fest der goldenen Hochzeit. Das noch rüstige Jubelpaar ist 74 bzw. 70 Jahre alt.

§ (10-jähriges Stiftungsfest.) Die hiesige deutsche Mariamische Jungfrauen-Kongregation feiert am 19. Februar d. J. ihr 10-jähriges Stiftungsfest.

§ (Zum Steuerinspektor ernannt) wurde Herr Ober-Steuersekretär Max Spielvogel beim Finanzamt in Hymk.

§ (Cobraner Richtspiele.) Am 2. Februar gibt es in den Cobraner Richtspielen den erwarteten Harry-Biel-Film: „Verächter des Todes“ zu sehen. Spannend ist die Handlung von Beginn bis zu Ende. Man sieht Harry Biel in Kontrast mit Albertini. Das Publikum soll entscheiden, wer der Stärkere ist. Auch in diesem Film ist ein Affe in seiner so drülligen oder manchmal auch Entsetzlichen Art zu bewundern. Er ist der eigentliche Handlungssträger. Immer wieder gelingt

es dem Affen, ein heiß umstrittenes Stück zu stehlen und mit ihm über Dächer, Telegraphendrähte usw. zu fliehen; immer wieder rettet es Harry Biel. — Das Beispiel „Romeo Affe“ mit seinem vortrefflichen Inhalt dürfte besonders gut gefallen.

§ (Die glatten Bürgersteige.) In den letzten Tagen sind mehrere Personen durch Ausgleiten auf den bereisten Spiegelglatten Bürgersteigen zu Fall gekommen und haben sich zumteil schwere Verletzungen zugezogen. Die Hausbesitzer werden deshalb nochmals von Amtswegen an ihre Straßputz erinnert. Abgesehen davon, daß die Hausbesitzer durch das Bekreimen der glatten Bürgersteige mit abkühlenden Materialien polizeilicher Bekrafung entgegen, haben sie auch große Hygienehygiene, in denen die zu Schäden gekommenen Personen ihre recht hohen Entschädigungsansprüche geltend machen, zu gewärtigen. Im übrigen werden alle mit kranke Personen, nicht zuletzt aber auch unsere Kriegsbeschädigten, die sich manchmal nur mühsam fortbewegen können, den Hausbesitzern recht dankbar sein, wenn dieser leider noch oft vorkommende Unfallsstand verschwindet.

§ (Eine Stationskaffe durch Ueberfall beraubt.) Gestern abend in der 8. Stunde drangen mehrere Männer in das Stationsgebäude in Oranienow ein, hielten die diensttunenden Beamten mit vorgehaltenen Revolvern in Schach und raubten die Stationskaffe — über 11000 M. — aus, worauf sie unerkannt entkamen.

§ (Der Ggistenkampf der Zeitungen.) Der Preis für das Zeitungsdrahtpapier ist bekanntlich für Januar über alles Erwarten auf die vorvertragliche Höhe von 700 Mark pro 100 Kilogramm importiert. Auch die Farbe, das Schmelzharz und Stereotyp-Metall und sämtliche übrigen zahlreichen Betriebsmaterialien sind im neuen Jahre ganz gemalt, zum Teil um mehr als 200 Prozent im Preise gestiegen. Ganz besonders drückend machte sich im Zeitungsdruck die ab 1. Januar eingetretene Erhöhung der Porto und Telegrammgebühren um mehr als 230 Prozent und vor allem der erst im Oktober stark erhöhten Telefongebühren um weitere 80 Prozent. Diese unerwartete teure Verteuerung läßt den Zeitungsvorlagen, welche die letzte Preiskategorie unter Zurücklegung einer wesentlich günstigeren Familienlage vorgenommen haben, seine andere Wohl, als die Zeitung und Anzeigenpreise schon für den Monat Februar, ihren Mißbräueln entsprechend, zu erhöhen.

§ (Achtung auf die Wasserleitung!) Wenn der Frost abnimmt, ist dringend Aufmerksamkeit auf die Wasserleitung angedrückt, damit nicht sich plötzlich eine rauschende und sprudelnde Fontäne entwirrt. Wenn die Höhe der Wasserleitung nicht gut entleert sind, so friert das Metall leicht entwert und der Temperatur setzen sich die tödlichen Folgen, die erheblichen Schäden und viel Verdruss verursachen können, wenn das Anlaufen etwa in der Nacht erfolgt. Besonders bei Föhnwind ist Beachtung zugewenden, da hier die Wasserleitung leicht überfrieren wird. Auch die Wasserrohr kann sehr leicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

§ (Das Befoldungsgesetz und die Ortsklasseneinteilung.) Die Internationalisierte Kommission in Dpyeln hat das Befoldungsgesetz vom 24. November 1921 und das Gesetz über die neue Ortsklasseneinteilung für das ober-schlesische Abstammungsgebiet in Kraft gesetzt.

§ (Abermalige Erhöhung der amtlichen Zuständigkeiten?) Die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsverhältnissen ist bereits auf 3000 Mark erweitert worden. Dies scheint aber nicht mehr zu genügen. Die Landversteigerung in Duisburg hat in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium den Antrag gestellt, diese Grenze auf mindestens 6000 Mark zu erhöhen. Wegen der Geldentwertung wäre dies unbedingt nötig, wenn auch vielleicht eine abweichende Vereinbarung der Parteien über die Zuständigkeit des Gerichts erfolgt.

§ (Der Kartoffelpreis.) Der auf Veranlassung des preussischen Staatskommissars für Volksernährung neu gebildete Ausschuss zur Ermittlung der Kartoffelpreise in Breslau hat als zurzeit angemessenen Erzeugerpreis für Speisekartoffeln 88 Mark für den Pantur frei Wagon der Verladung festgesetzt. Diese Preiskategorie ist auch für die Provinz Oberschlesien gültig.

§ (1 Pfund Butter: 1650 Kronen.) Der Samstag-Wochenmarkt in Wien setzte die katastrophale Preissteigerung fort. Butter kostete 3300 Kronen pro Kilo (gegenüber 2800 Kronen am Wochenanfang), Fleisch 2100 Kronen pro Kilo, Speck 2000 Kronen, Kartoffeln 160 Kronen, eine Gemüsel 80 Kronen. Der Magistral

zeigt die nochmalige Erhöhung des Straßenbahnpreises auf 120 Kronen an.

§ (Die Steuern der Gemeinden.) Die großen deutschen Städtegemeinden haben in einer dringlichen Eingabe an die Reichsregierung die beschleunigte Erhöhung des Gemeindeanteils an der Reichs Einkommensteuer um mindestens 25 Prozent gefordert. Die Städtegemeinden erklären sich in der Eingabe anerkennend, ohne die schnelle Erfüllung ihrer Anforderung fernherzu ihre eigenen Zahlungsvorschriften nachkommen zu können. Eine statistische Aufstellung über die finanzielle Notlage der großen industriellen Städtegemeinden ist dem Reichsfinanzminister eingereicht worden.

§ (Die Entschädigung für Renten.) Das französische Ministerium hat auswärtige Angelegenheiten teilte dem „Temps“ zufolge mit, daß durch Beschluß vom 12. Oktober 1921 die Entschädigung für die Hinterbliebenen des in Ober-schlesien erschossenen Obersten Montalegre auf 225000 Franken (nach der heutigen Valuta über 3 1/2 Millionen Mark) festgesetzt worden ist.

§ (Der Achtstundentag durchsetzen.) Es geschahen Pöken und Wunder! Die „I. U.“ weiß aus Erfahrung zu melden: Die Arbeiterkraft der Firma Düralager & Co beschloß den Achtstundentag durch Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu beschließen. Der Beschluß gilt für den gesamten Betrieb.

§ (Der Gruß auf der Ansichtskarte.) Auf den seit dem 1. Januar gegen eine ermäßigte Gebühr von 40 Pf. zugelassenen Ansichtskarten dürfen auf der Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitssprüche mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sein. Ansichtskarten, die diesen Anforderungen nicht genügen, werden als ungenutzte frankierte Postkarten behandelt, also mit einer Nachgebühr von 2 mal 85 gleich 170 Pfennig belegt.

§ (Die ABC-Schützen im neuen Schuljahr.) Zum ersten Male wird sich im bevorstehenden neuen Schuljahr die Wirkung des Weltkrieges bei der Aufnahme der neuen Schulklassen zeigen. Es kommt jetzt der Jahrgang 1915-16 zur „Einführung“, in dem der Krieg die Zahl der Geburten erheblich beeinträchtigt hat. Die Zahl der neuen Schüler und Schülerinnen wird also unter dem normalen Durchschnitt stehen. 1923 wird der Rückgang noch größer sein, denn die Zahl der Geburten war während des Krieges schließlich fast bis auf die Hälfte zurückgegangen.

§ (Die Reichspost demontiert.) Das Reichspostministerium erklärt zu der Meldung über den Rückgang des Brief- und Telegrammverkehrs auf 50 Prozent, daß für den Briefverkehr noch keine Erhebungen stattgefunden haben. Der Rückgang des Telegrammverkehrs betrage nur 15 Prozent.

§ (Stadtverordnetenwahlen in Rasthof.) Die am Sonntag abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen in Rasthof, die wegen der Eingemeindung einzelner Orte notwendig geworden waren, hatten nachfolgende Ergebnisse: Zentrum 1766 Stimmen, Sozialdemokraten 1273 Stimmen, Landbund 394 Stimmen. Demnach ergab sich Zentrum 15, Sozialdemokraten 12 und Landbund 3 Mandate.

§ (Sie blieb von selber rehn?) so heißt es in der bekannten, von Lotze vertonten Ballade „Di. Uhr“. Ein Schicksal, das an diesen Vergleich die menschlichen Dingen mit der Uhr besonders stark erinnert, ist aus Berlin erzählt. In einem Wohnungshaus erlitten dort eine alte Witwe und wollte eine Uhr, die ohne erkennbare Ursache stehen geblieben war, zur Reparatur übergeben. Kaum hatte sie ihr Anliegen vorgebracht, als sie — von einem Ortschaft getroffen — tot zusammenbrach. Auch ihre Uhr war abgelaufen.

§ (Der Deutsche verbraucht 4-5 Händhölzer täglich.) 106 einviertel Millionen Händhölzer sind nach einer Aufzählung des statistischen Reichsamtes 1921 in Deutschland verfeuert worden. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 1750 oder täglich 4-5 Stück. Von den verfeuertem und im ganzen wohl auch verbrannten Mengen wurden in Deutschland etwas über 93 Millionen hergestellt und etwas über 19 Millionen vom Ausland eingeführt. Die unverfeuerte Ausfuhr betrug nur wenig über 2 Millionen. Gar nicht wurde in 32 Händhölzfabriken von 1976 männlichen und 3244 weiblichen Arbeitern. Fertigung wurden in 176 Betrieben hergestellt, in 100 davon nur als Nebenbetrieb. Die Händhölzfabrik brachte etwas über 59 Millionen, davon für Feuerzeuge nur 4 dreiviertel Millionen, für Händhölzer etwas über 1 Million. Verwendung wurde früher das hauptsächlich aus Rußland stammende Eisenholz. Im Krieg wurde hauptsächlich Nadel- und Buchenholz verwendet, das sich aber wegen des hohen Abfalls weniger eignet.

§ (Zugzusammenstoß.) Bei Loslau stieß ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen,

wodurch großer Materialschaden angerichtet wurde. Die Hochzüge kamen glücklicherweise mit dem hohen Scherstein davon. Der Rest der wurde durch Umkehrer aufrecht gehalten.

• (Gebete für eine glückliche Wahl.) Die Erordnungen des Fürstbischöflichen Ordinariats (Nr. 766 vom 26. Januar) veröffentlichten nachstehenden Inhalt:

Breslau, 22. Januar 1922.
Nachdem Gott der Allmächtige in seinem unerforschlichen Ratssinne den obersten Hirten der Kirche, Papp Benedikt der Pfalzgrube, am heutigen Tage aus dieser Weltlichkeit abberufen hat, obliegt dem Kollegium der Karbinale die Wahl eines neuen Pappes. Zum Heil Christi, der die Seelsorge der Kirche geheimnisvoll leitet, werden sich nun unsere sühnlichen Eltern um eine glückliche Wahl. Ich verordne daher, daß
1. vom Sonntag, den 29. d. Mts., an bis zum Befehlsantritt des Erzbischofs der Wahlhablung in allen hl. Rissen die Kollekte aus der Wissa pro eligendo Summo Pontifice eingelegt werde, und daß
2. nach jeder hl. Messe drei Vater unser und Ave Maria in gleicher Absicht gebetet werden.
K. Karb. Oertzen, Fürstbischöf.

• (Prämie für ein Mittel gegen Krebs.) Der amerikanische Zelluloseverleger Lord Alfolson hat einen Preis von 100000 Dollar angesetzt für einen Mikrobakter oder Studenten jeder anerkannten Universität, der innerhalb der nächsten fünf Jahre ein wirksames Heilmittel gegen den Krebs entdeckt.

• (Eine ungläubliche Geschichte) wird aus Oranowich, Kreis Rybnik, berichtet. Dort konnte mehrere Wochen keine Schule gehalten werden, weil es keine Kohle zum Heizen der Schulräume gab. D. h. Kohlen bekommt man schon zu kaufen, aber die Gemeinde hatte kein Geld. Nun sind Kohlen endlich da und doch kann wieder keine Schule gehalten werden, weil — — kein Mensch da ist, der die Heizung besorgt. Obher geht's immer.

• (Zum Theaterbrand in Dessau.) Ueber den Tod der Kammerfängerin Willy Hertling bei dem Theaterbrand in Dessau wird von dort noch berichtet: Frau Hertling besaß sich bei dem Ausbruch des Brandes im Zimmer des Direktors Meyer der zweiten Etage. Als Direktor Meyer das Feuer wahrnahm, rief er die Tür seines Zimmers auf. Da folgten ihm schon die Flammen aus dem benachbarten Raum entgegen, den er durchschreiten mußte, um in das Treppenhause zu gelangen. Er packte Frau Hertling am Arm und wollte sie durch die Flammen führen. Aber Frau Hertling wollte nicht zurück und schlug ohnmächtig zu Boden. Der Direktor eilte hinaus, um Hilfe herbeizuholen. Er selbst konnte nicht zurück, da er durch die Stichflamme schwer verletzt worden war. Als man an die Rettung der Kammerfängerin gehen wollte, war es zu spät. Es war ganz unmöglich, durch die Flammen vorzudringen. Abends gegen 6 Uhr fand man die fast verkohlte Leiche der Frau Hertling. Ihre Seele ist als Regisseurin am Nationaltheater zu Weimar tätig. Neben ihm trauert ein 12-jähriges Mädchen um die so plötzlich aus dem Leben geschiedene Mutter.

• (Von Eigennern gemißachtet.) Im Vorle Döhren bei Witten (Westfalen) wurde eine Ehefrau von Eigennern in ungläublicher Weise betrogen. Um von einer Krankheit befreit zu werden, trug die kranke Frau auf den Rat der Eigennern Bargeld, Leibrente und Wäsche: im Gesamtwerte von 40000 Mark vor das Haus, wo die Sachen während der Nacht weggeholt wurden.

• (Der unpolitische Stier.) In den „Bischofsstätt-Blätter Bezirksnachrichten“ lesen wir folgendes Inserat: An alle Landwirte! Ich gebe bekannt, daß der Stier, den ich ankaufe, für die Rufe aller Landwirte ohne Unterschied der politischen Gesinnung zur Verfügung steht. Johann Galdan, Landwirt.

• (Siebenunddreißig Millionen Verlust infolge Preisrückganges.) Die Rogger Böcker hatten eine Mehlverkaufs-Gesellschaft gebildet, die bedeutende Mengen Mehl für die Mitglieder einkaufte. Als infolge des Steigens der polnischen Mark sich ein Rückgang der ausländischen Mehlpreise bemerkbar machte, hatte die Gesellschaft große Mehlvorräte am Lager, die mit einem Schlag einen bedeutenden Teil ihres Wertes verloren hatten. Die Gesellschaft sah sich infolge des ihr dadurch erwachsenen Verlustes von 36180657 Mark gezwungen, die Zahlungen einzustellen.

• (100 Menschen verbrannt.) Wie die „Montagspost“ meldet, brach am Sonntagabend Abend in einem New Yorker Theater Feuer aus. Das Theatergebäude wurde in ein riesiges Feuermeer gehüllt. Bis Sonntag früh 2 1/2 Uhr waren 40 Personen geborgen. 50 bis 100 Personen sind getötet und 100 bis 200 Personen verletzt worden.

• (Fürchterliche Katastrophe in einem Washingtoner Kino.) Freitag abend kürzte infolge der starken Schmelze das Dach eines Kinos ein. 69 Personen wurden getötet und 100 verletzt.

Rybnik, 30. Januar. Eine Erhöhung der Kohleproduktion im Rybniker Gebiete ist geplant und mit ihr die Aufstockung neuer Grubenfelder. Von sachverständiger Seite schreibt man: Der polnischen Regierung kann nur darauf liegen, die Kohleproduktion in dem kohlereichen Kreise Oberschlesens, d. h. im Kreise Rybnik, zu erhöhen. Es werden schon jetzt Vorbereitungen getroffen, um sofort nach der Uebernahme dieses Ziel zu erreichen. Dazu soll zunächst der Ausbau der bestehenden Gruben, dann aber vor allem die Abtastung neuer Gänge. Ein solcher Schacht ist zwischen Rybnik und Elagath geplant, der in rascher Begehung zur Stadt Rybnik. Eine zweite Grubenanlage kommt sichtlich von Selberdorf zu stehen. Dort wird eine eigene Kolonie entstehen, die nicht unmittelbar mit der Stadt Verbindung haben wird. Sie wird auch eigenes Kasino, Warenhaus u. d. d. m. besitzen, weil sie von der Stadt zu weit entfernt liegt. Auch die Wasserkräfte werden weiter ausgebaut und sollen endlich die so bringende Gasseverbindung mit der Stadt bekommen. Die neue Gasse soll in ungefährer Lage des alten Schwirklauer Berges gehen und in der Nähe des Bahnhofs in die Stadt einmünden.

Witkatsch, 30. Januar. (Ein Postraub — 90000 Mark geraubt.) Freitag früh 7 1/2 Uhr drangen 3 bewaffnete Raubriten in das Postamt ein und raubten der Kasten auszahlenden Summe 90000 Mark. Des Publikums und die anderen Beamten wurden mit dem Revolver in Schach gehalten. Die Räuber flohen in der Richtung Hindenburg—Mährischb. Richtung.

Koselberg, 31. Januar. (Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen.) Bei den am vergangenen Sonntag vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen war die Beteiligung eine recht geringe. Von 3200 Wahlberechtigten haben nur 1227 Bürger gewählt. Es ergaben sich Stimmen: Handwerk und Kaufmannschaft 487, Zentrum 453, Arbeitsbeschäftigte 287. Die 24 Stadtverordnetenmandate verteilten sich demnach wie folgt: Handwerk, Kaufmannschaft und Zentrum je 9, Arbeitsbeschäftigte 6.

Evang. Gemeinde Sohrau.

Der für den 2. Februar d. J. in Aussicht genommene Familienabend wird wegen der am gleichen Tage in Golaßowich stattfindenden Einführung des Herrn Pastor Stephan verschoben.

Herzliche Bitte!

Wer hilft einer armen kranken Witwe aus der Not? Wohlthätige Guter wollen eine kleine Gabe beim Hilfsopfschaffner Weissmann, Altschewowa, niederlegen.

Zwei Herren im Alter von 23 und 27 Jahren suchen passende Damenbekanntschaft. Offerten unter „Bekanntschaft“ an die Exped. d. Bl.

Sohrauer Lichtspiele Mazurek's Saal

Donnerstag, den 2. Februar 1922:

Harry Piel

Verächter des Todes!

Comtess Äffchen!

Lustspiel.

Vorführung um 5 und 7 Uhr.

Habe mich in
Sohrau O.-S. als
praktisch. Tierarzt
niedergelassen.
Dr. med. vet. Glombik
Ring, Zweig's Hotel.

Zur Ausführung sämtlicher Zimmererarbeiten

empfehle ich
Carl Hudzik, Zimmermann
Sohrau O.S., Obervorstadt,
wohndort bei Herrn Bäckmeister Mathias Gressel.

Für sofort oder später
2 Lehrlinge
gesucht.
Josef Magiera
Schmiedemeister und Wagenbauer
Sohrau O.S.

Wenig gebrauchte
Siede-
(Säckel)-Maschine
für Hand- und Dampfbetrieb verkauft
W. Hadraschek,
Ober-Vorstadt.

Eine Dezimalwaage,
Büromöbel, Copierpresse, Möbel und Einrichtungsgegenstände aller Art veräußert.
Eras, Baugeschäft,
Sohrau O.-S.

Scharfen Hund,
(guter Rattenfänger), gebe nur in gute Hände ab.
J. Sieklara, Rauerstr.

Guter Wachhund
steht zum Verkauf.
Johanna Bialon, Rogoisna.

Suche für mein
Dienstmädchen
— fleißig und ehrlich — per 15. Februar
unverzüglich Stellung.

Frau Dr. Eras,
Sohrau O.-S.

**Roggen-, Weizen-,
Gerstenstroh**

gibt ab **Dominium Jarzombkowitz.**

Adler-Räder

— nebst Zubehörteilen liefert preiswert —
H. Engelmann, Sohrau, Altschewowa.

Geld in jeder Höhe **Katenrückzahlung**
gegen monatliche Einzahlungen
sowie **Hypotheken** an jede Stelle durch die
Oberschlesische Finanz-Zentrale
Weisse, Obermenland.
— 8 Mk. Rückporto erbeten! —

Der neue Post-Tarif

vorrätig in
P. Kunold's Papierhandlung, Sohrau O.S.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Riter- und Barflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem wirksamsten **Flechtenmittel** in 8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
**F. Wühlker, Heilkundiger, Hermanns-
Grosse Krummenstr. 23. Sprockelstr. 9-10 u. 8-4 Uhr.**